

### Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels - worüber reden wir?

Klee, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klee, A. (2010). Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels - worüber reden wir? In C. Breu (Hrsg.), *Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 12, Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern* (S. 4-21). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-355781>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

*Andreas Klee*

## **Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir?**

S. 4 bis 21

Aus:

Christian Breu (Hrsg.)

## **Demographischer Wandel und Raumentwicklung in Bayern**

Arbeitsmaterial der ARL 356

Hannover 2010

Andreas Klee

## **Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Worüber reden wir?**

### **Gliederung**

- 1 Einleitung
- 2 Zur „Karriere“ des demographischen Wandels
- 3 Die Fakten – demographische Entwicklung in Deutschland
- 4 Die Prognosen – künftige Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in Deutschland
- 5 Zum Begriff des demographischen Wandels
- 6 Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht
- 7 Ansätze für Handlungsstrategien
- 8 Ausblick

Literatur

### **1 Einleitung**

Das Thema des demographischen Wandels ist in aller Munde. Seit einer Dekade hat es deutlich Einzug in die Raumwissenschaften gehalten. Das Thema wurde befördert durch sichtbar und spürbar gewordene Probleme der räumlichen Entwicklung insbesondere in ländlichen und peripheren Regionen. Man möge nur den Blick nach Ostdeutschland richten. Dort waren die Auswirkungen tief greifender demographischer Veränderungen schon früh zu beobachten. Die dort diskutierten Probleme sind mittlerweile auch in anderen Teilen Deutschlands ein Thema – vielleicht nicht in der Dimension wie in manchen ostdeutschen Kreisen, vielleicht noch nicht ein großes Problem der Gegenwart. Es ist jedoch klar, dass der demographische Wandel alle Teile Deutschlands erfassen wird und dass Strategien des Umgangs damit zu entwickeln sind. Voraussetzung hierfür ist selbstredend das Erkennen des Wandels durch Wissenschaft, Politik und andere Akteure sowie die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen.

In der politischen und planerischen Diskussion in Bayern ist das Thema des demographischen Wandels mit einiger Verzögerung aufgenommen worden. Denn noch immer wird großen Landesteilen eine günstige demographische Struktur und weitere Entwicklung attestiert. Beträchtliche Zuwanderungsgewinne in den letzten Jahren haben manche Prozesse, die man aus anderen Bundesländern kennt, verdeckt und aus dem Bewusstsein treten lassen. Nicht nur mit Blick auf die demographischen und wirtschaftlichen Disparitäten innerhalb des Freistaats Bayern und nicht nur angesichts mangelnder Auslastung von Infrastruktureinrichtungen einerseits und durch Zuzug bedingte Kapazitätsengpässe vor allem im Großraum München andererseits, ist das Thema in Bayern zurzeit hochaktuell. Das Rad muss dabei nicht neu erfunden werden. Ein Blick auf die

Nachbarn nördlich der Mainlinie lohnt, denn dort werden derzeit Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel entwickelt und eingesetzt.

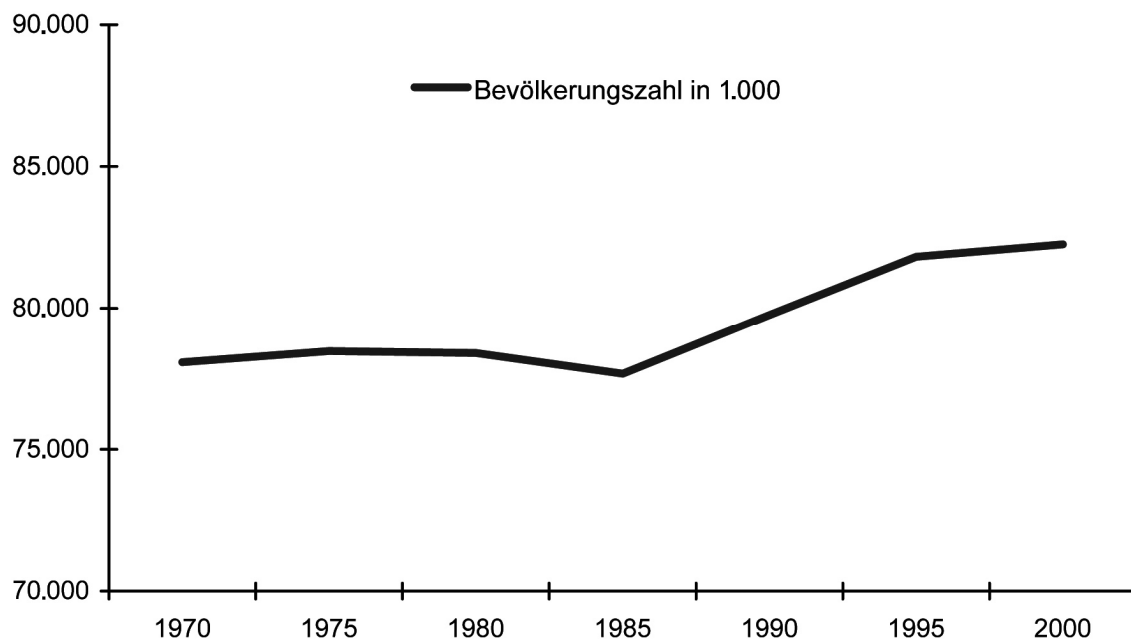
Dieser Aufsatz stellt grundlegende Erkenntnisse und Zusammenhänge vor, klärt die zentralen Begriffe und gibt einen Überblick über die generellen räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels sowie über ausgewählte Handlungsfelder. Er stellt somit eine konzeptionelle Basis für die nachfolgenden Aufsätze dar, die sich schwerpunktmäßig mit regionalen oder sektoralen Beispielen in Bayern befassen. Der Aufsatz ist als State-of-the-Art-Artikel gedacht. In ihn gehen insbesondere auch die Erkenntnisse aus anderen Gremien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) zum Thema des demographischen Wandels ein.

## 2 Zur „Karriere“ des demographischen Wandels

Bereits in den 1970er Jahren wurde erkannt, dass der seinerzeitige Geburtenrückgang tief greifende Auswirkungen mit sich bringen würde. Auch innerhalb der ARL gab es mehrere Gremien, die sich des Themas bereits zu dieser frühen Zeit annahmen und Veröffentlichungen vorlegten (z.B. ARL 1976; ARL 1978; ARL 1979; ARL 1981). Schwarz (1976: 1) stellte fest: „Das Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung seit 1971 und das Geburtendefizit der Gesamtbevölkerung seit 1972 sind in der Hauptsache dem starken Rückgang der Zahl der Geburten zuzuschreiben. Noch in der Mitte der 60er Jahre wurden jährlich mehr als eine Million Neugeborene registriert; im Jahr 1974 betrug ihre Zahl jedoch nur noch 626.000. Sie nahm damit um über 40% ab. Für die deutsche Bevölkerung, die 1965 über eine Million Lebendgeborene, 1974 aber nur noch etwas über 500.000 zu verzeichnen hatte, ergibt sich sogar eine Abnahme auf die Hälfte“. Schwarz beschrieb die Bevölkerungsentwicklung am Ende des Babybooms der 1960er Jahre und sah zugleich die Folgen für die Bevölkerungszahl in Deutschland insgesamt. „Trotz des rapiden Geburtenrückgangs, der für eine Zeit relativen Wohlstandes und auch sonst als beispiellos betrachtet werden kann, ist für die nächsten 25 Jahre keine dramatische Bevölkerungsabnahme zu erwarten. (...) Der Rückgang ist deshalb nicht größer, weil der Altersaufbau der Bevölkerung zurzeit für relativ hohe Geburtenzahlen noch günstig ist und in den nächsten Jahren wieder stärker besetzte Geburtsjahrgänge ins Heiratsalter kommen werden. Große Abnahmen von jährlich rund 300.000 müssten allerdings, wenn keine Einwanderung stattfindet, ab der Jahrhundertwende eintreten“ (Schwarz 1976: 2). Am ehesten wurden seinerzeit Bevölkerungsrückgänge für ländliche Räume thematisiert, auch für diejenigen, die traditionell einen hohen Geburtenüberschuss aufwiesen (vgl. Ruppert 1979: 8).

In der Tat blieb die Zahl der Bevölkerung in Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts konstant. Aufgrund hoher positiver Wanderungssalden in den 1990er Jahren stieg sie sogar noch an (vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland 1970 bis 2000



Quelle: eigene Darstellung nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Schwarz ging in seiner Analyse 1976 noch einen Schritt weiter. „Eine solche Entwicklung könnte vermieden werden, 1. wenn die Ehepaare in Zukunft bereit wären, mehr Kinder als heute zu haben; 2. bei einer drastischen Senkung der Alterssterblichkeit; 3. bei weiterer Aufnahme von Ausländern; 4. wenn zwei oder drei dieser Einflussgrößen zusammentreffen“ (Schwarz 1976: 2). Als Ansatzpunkte der Änderung der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung benennt er somit ein verändertes generatives Verhalten, eine Änderung der Lebenserwartung und vermehrte Zuzüge nach Deutschland. Die wesentlichen Stellgrößen der Bevölkerungsentwicklung sowie die voraussehbaren Folgen waren also bereits 1976 erkennbar. Wurden sie auch wahrgenommen?

Die Aufnahme der Erkenntnisse der damaligen Zeit muss als gering bezeichnet werden. Der Begriff des demographischen Wandels taucht in der Fachliteratur kaum auf. Noch 1990 konstatiert von der Heide (1990: 1), dass die Raumordnung noch nie so notwendig wie zu Beginn der 1990er Jahre sei und Antworten finden müsse auf das Zusammenwachsen Deutschlands, die Integration Europas, die Koordination und Kooperation von Raumplanung und Fachplanungen. Die künftige Bevölkerungsentwicklung, deren Richtung bereits erkennbar war, wurde in diesem Zusammenhang nicht genannt. An anderer Stelle wird zwar auf Prozesse des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung hingewiesen, jedoch kaum auf die räumlichen Konsequenzen. So schreiben Gatzweiler/Strubelt (1988: 220) zutreffend, dass mögliche Auswirkungen der demographischen Entwicklung oft „auf die lange Bank geschoben werden“. Und dies ist sowohl auf die Wissenschaft als auch auf die Planungspraxis zu beziehen. Diese beiden Beispiele mögen genügen. Eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit den räumlichen Implikationen des demographischen Wandels fand nicht statt. Die Beschreibungen des Wandels und die künftige Einschätzung verhallten häufig.

Etwa seit der Jahrtausendwende hat sich die Wahrnehmung des demographischen Wandels in der Öffentlichkeit und in der Fachwelt verändert. Woran lag das? An dieser Stelle können nur einige Erklärungsversuche angeführt werden. Zuwanderungen nach Deutschland wurden um die Wende zum 21. Jahrhundert spärlicher, so dass der jahre-

lange positive Zuwanderungssaldo die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht länger kompensieren konnte (vgl. Kapitel 3). Die Zahl der Gesamtbevölkerung ging zurück und damit wurde das Thema plötzlich virulent.

Ein zweiter Erklärungsversuch ergibt sich mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung. Die damit einsetzende großmaßstäbliche Abwanderung von Menschen aus den neuen Bundesländern nahm nach gut zehn Jahren Formen an, die bei Wissenschaftlern, Planern und Politikern als problematisch eingestuft wurden: Einzelne Regionen in Ostdeutschland verloren so viel Bevölkerung, dass die Frage der Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen zu stellen war (vgl. z.B. Schmidt 2006: 271; Schmitz-Veltin 2006: 352). Hinzu kam die Erkenntnis, dass die Abwanderungen sozial selektiv waren. Denn es verließen vor allem die jungen und besser ausgebildeten Menschen die neuen Länder (vgl. Mai 2006; Schwitzer 2007: 35). Und mangels Arbeitsplätzen in ländlichen und altindustrialisierten Regionen fanden kaum Zuwanderungen dorthin statt. Obwohl die Abwanderungsprozesse aus Ostdeutschland keinen Bestandteil des demographischen Wandels im eigentlichen Sinn (vgl. Kapitel 5) darstellen, öffneten sie die Augen für demographische Veränderungen, verstärkten sie die räumlichen Wirkungen von Geburtenrückgang und Alterung der Bevölkerung.

Hinzu kam – und dies ist vielleicht der bedeutendste Erklärungsfaktor – dass das Thema des demographischen Wandels auch von den „Populärwissenschaften“ und der Tages- wie Wochenpresse entdeckt wurde (vgl. z.B. Schirrmacher 2004; Kröhnert/Medicus/Klingholz 2006; Schwentker 2006). Insbesondere Schirrmacher öffnete das Thema für eine breite Leserschaft jenseits der Fachwelt aus Demographen, Geographen und Ökonomen. Und seit einigen Jahren „boomt“ das Thema – in der Wissenschaft wie bei Journalisten. Der demographische Wandel skizziert einen aktuellen Megatrend, der alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und dem man sich nicht entziehen kann. Er wird auch in der Öffentlichkeit als ein Megatrend „verkauft“. So werden Rankings erstellt und Noten vergeben, welche Länder und Städte die größten Probleme zu verarbeiten haben und welche die schlechtesten Prognosen zu erwarten haben (vgl. z.B. Bertelsmann-Stiftung 2006; Prognos-Institut 2004). Das Thema eignet sich sogar für publikumswirksame Schlagzeilen, was sich an Aussagen wie „Deutschland zerfällt in Schwund- und Boomregionen“ oder „Nach dem Mensch kommt der Wolf (oder zumindest der Luchs)“ (Kröhnert/Medicus/Klingholz 2006) ablesen lässt.

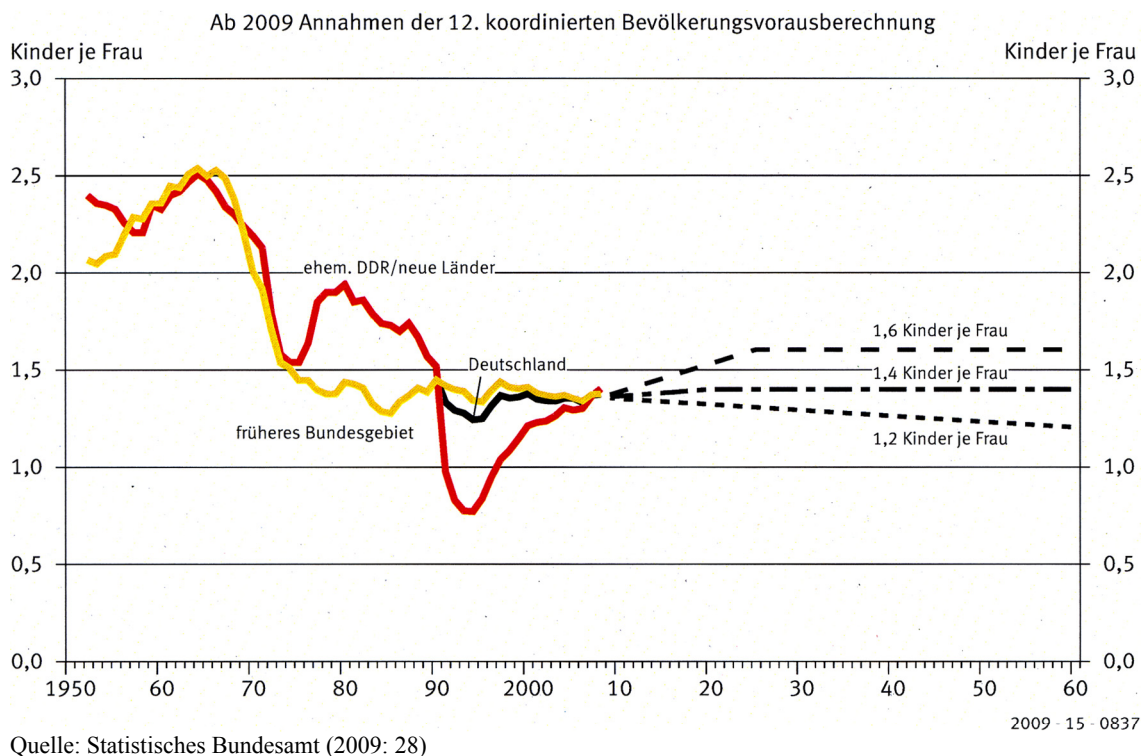
### **3 Die Fakten – demographische Entwicklung in Deutschland**

Über die demographischen Prozesse der letzten Jahre in Deutschland, wie auch in anderen Ländern Europas, liegen eine Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vor (vgl. z.B. Institut für Länderkunde 2001; Gans/Schmitz-Veltin 2006; Grünheid 2008). Die Erkenntnisse, die aus den zurückliegenden Prozessen der demographischen Entwicklung gewonnen wurden, sind einerseits Basis für Bevölkerungsvorausberechnungen, andererseits Grundlage für räumlich orientierte Handlungsvorschläge und politikadressierte Stellungnahmen. Im Folgenden sollen die wesentlichen Faktoren der demographischen Entwicklung in Deutschland in den vergangenen Jahren skizziert werden. Sie sind zum Verständnis der danach dargelegten Prognosen (vgl. Kapitel 4) wie Handlungsfelder (vgl. Kapitel 6) und Handlungsstrategien (vgl. Kapitel 7) notwendig.

Die Bevölkerungsentwicklung einer Stadt, einer Region oder eines Landes setzt sich aus der Zahl der Geburten, der Sterbefälle, der Zu- und Abwanderungen innerhalb einer zeitlichen Einheit zusammen. Damit sind zugleich die primären Stellgrößen der demographischen Entwicklung einer Raumeinheit charakterisiert. Auf sie wird nun im Besonderen Bezug genommen.

Sterben die Deutschen aus? Mit Fragen dieser Art wird immer wieder Aufmerksamkeit in der Berichterstattung über die aktuellen demographischen Entwicklungen erreicht. Auch wenn das SWR-Fernsehen ausgerechnet und verkündet hat, dass die Deutschen im Jahr 2300 ausgestorben sein werden<sup>1</sup>, ist die demographische Zukunft keinesfalls so einfach zu beschreiben. Seit den 1960er Jahren ist ein Rückgang der Geburtenzahlen festzustellen (vgl. Abb. 2). Dies liegt an einem veränderten generativen Verhalten, das bis heute anhält. Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt aktuell bei 1,37 (Großbecker/Krack-Roberg/Sommer 2009: 55). Sie besagt vereinfacht, dass durchschnittlich jede Frau während ihrer reproduktiven Lebensphase 1,37 Kinder zur Welt bringt<sup>2</sup>. Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes wären allerdings 2,1 Kinder erforderlich.

Abb. 2: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer in Deutschland



Die in der zusammengefassten Geburtenziffer von 1,37 angelegte Ursache für den Rückgang der Bevölkerung in Deutschland insgesamt wird verstärkt durch den – damit in Zusammenhang stehenden – Rückgang der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Bereits seit vielen Jahren übersteigt außerdem die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, was zu einer kontinuierlichen negativen natürlichen Bevölkerungsentwicklung führt. Eine Änderung ist nicht in Sicht (vgl. Mäding 2006: 339).

Zurückgehende Geburtenziffern korrespondieren seit Langem mit einer stetig steigenden Lebenserwartung. Zurzeit haben neugeborene Jungen eine Lebenserwartung von 77,2 Jahren und neugeborene Mädchen von 82,4 (Statistisches Bundesamt 2009: 31). Trotz des auffälligen Unterschieds der Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern konnte sich der Trend der Verringerung der Differenz in den letzten Jahren fortsetzen.

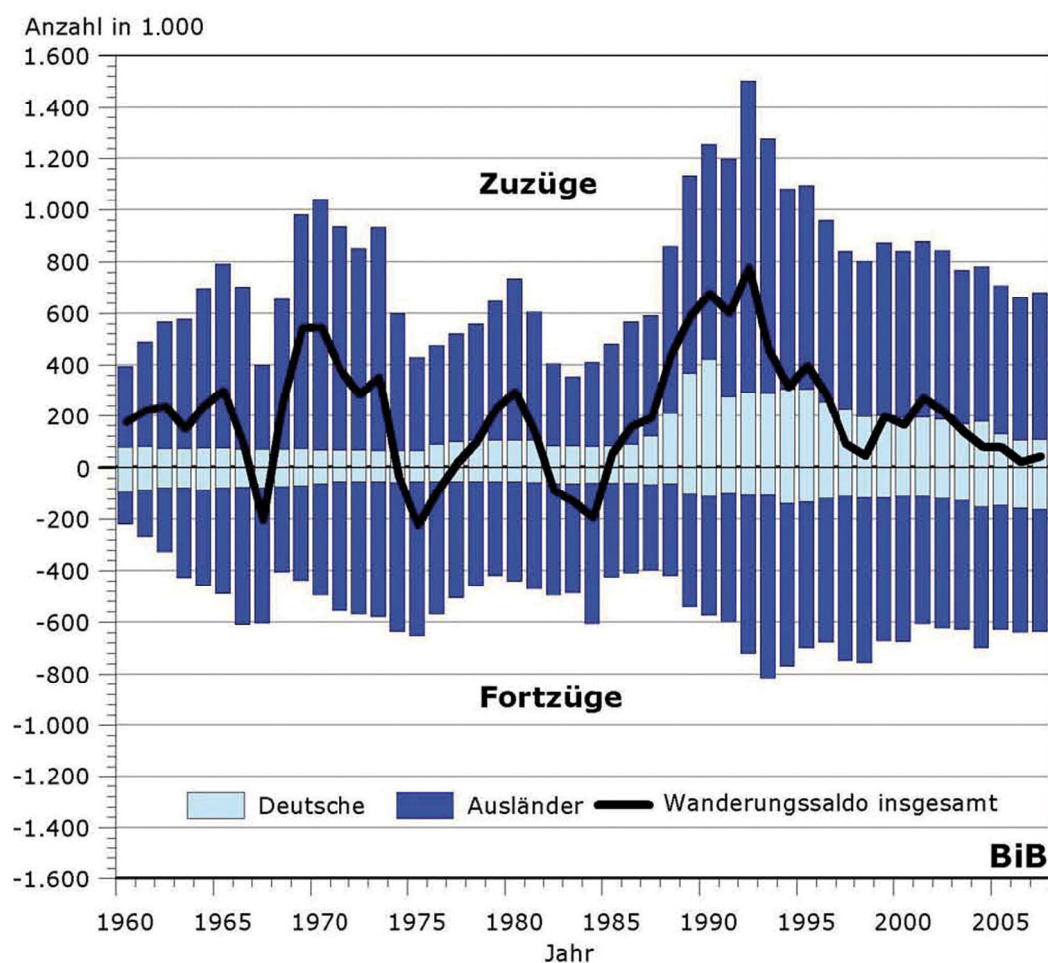
<sup>1</sup> Vgl. <http://www.swr.de/odyssso/-/id=1046894/nid=1046894/did=3286142/xe48ic/index.html> (letzter Zugriff am 07.07.2009)

<sup>2</sup> Vgl. die Definition der zusammengefassten Geburtenziffer bei Gans/Kemper (2001: 17)

Die Konsequenzen dieser Befunde sind klar: steigende Lebenserwartung der Menschen und zurückgehende Geburtenzahlen bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl potenzieller Mütter führen zu einer Alterung der Bevölkerung. Ist es auch zu einem Rückgang der Zahl der Gesamtbevölkerung in Deutschland gekommen?

Betrachtet man die Außenwanderungssalden Deutschlands, so sieht man, dass Deutschland im langjährigen Mittel mehr Zu- als Abwanderungen zu verzeichnen hatte (vgl. Abb. 3). Etwa 80 % des Wanderungsvolumens werden von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit verursacht. Ihr Wanderungsverhalten unterliegt starken Schwankungen, die vor allem von politischen Entscheidungen beeinflusst werden (Statistisches Bundesamt 2009: 31). Festzustellen ist jedoch, dass der positive Wanderungssaldo in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist.

Abb. 3: Außenwanderungen von Deutschen und Ausländern 1960 bis 2007 (in 1.000)



Quelle: Grünheid (2008: 10)

Jahrelang hat der positive Außenwanderungssaldo den Rückgang der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland kompensiert – mit der Folge einer wachsenden Gesamtbevölkerung. Seit 2003 geht die Gesamtbevölkerungszahl in Deutschland allerdings zurück. 2007 schwächte sich der Trend gegenüber den Vorjahren zwar etwas ab, gleichwohl verringerte sich die Gesamtbevölkerungszahl gegenüber 2006 um rund 100.000 Personen (Grünheid 2008: 2).

Schließlich soll hier auf einen weiteren Trend der demographischen Entwicklung kurz eingegangen werden, der mancherorts (z. B. Mäding 2006: 340) zusätzlich zu den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungen angeführt



wird: die „Vereinzelung“. Damit ist gemeint, dass die durchschnittliche Zahl der Personen, die in einem Haushalt leben, stetig zurückgegangen ist. Sie liegt derzeit bei 2,12 – gegenüber 2,48 im Jahr 1980 und 2,99 im Jahr 1961 (Statistisches Bundesamt 2007: 46). Vor allem ist die Zahl der Einpersonenhaushalte – und hier wiederum vor allem in den Großstädten – stark angestiegen, die der klassischen Familie stark zurückgegangen. Im Wesentlichen wird dies auf die Ausbreitung nicht-ehelicher Lebensformen und sogenannter Patchwork-Familien, auf die Verschiebung der Familienbildungsphase, auf das frühere Verlassen der elterlichen Wohnung, auf das „living apart together“ sowie auf die gestiegene Zahl geschiedener – und damit wieder häufiger allein lebender – Menschen zurückgeführt.

Die oben skizzierten Trends der demographischen Entwicklung in Deutschland bezogen sich auf eine deutschlandweite Betrachtung. Sie sind jedoch regional unterschiedlich ausgeprägt. Die Geburtenhäufigkeit unterliegt regionalen Variationen (Gans 2001), die Lebenserwartung weist regionale Unterschiede auf (Gans/Kistemann/Schweikart 2001), und die Zuwanderungen erfolgen nicht gleichmäßig auf die Städte und Gemeinden des Bundesgebietes, sondern orientieren sich vor allem am Vorhandensein von Arbeitsplätzen (Swiaczny 2001). Bezieht man in diese Argumentation zusätzlich die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands mit ein, wird deutlich, dass man von regionalen Unterschieden der Bevölkerungsentwicklung auszugehen hat. Für die 1990er Jahre war deren Muster klar. Weite Teile Ostdeutschlands sowie altindustrialisierte Räume im Westen – Ruhrgebiet, Saarland, nördliches Oberfranken – wiesen Bevölkerungsverluste auf, wirtschaftlich prosperierende sowie suburbane Räume in Westdeutschland verbuchten Bevölkerungsgewinne.

#### **4 Die Prognosen – künftige Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in Deutschland**

Räumliche Planung benötigt Aussagen über die künftige Struktur und Dynamik der Bevölkerung in einer regionalen Differenzierung. Auf Basis von Bevölkerungsprognosen können Bedarfe an Infrastrukturen sowie der Art und Weise ihrer Inanspruchnahme ermittelt, für verschiedene Funktionen benötigte Flächen berechnet, aber auch das Ausmaß an Um- und Rückbaumaßnahmen in manchen Regionen abgeschätzt werden.

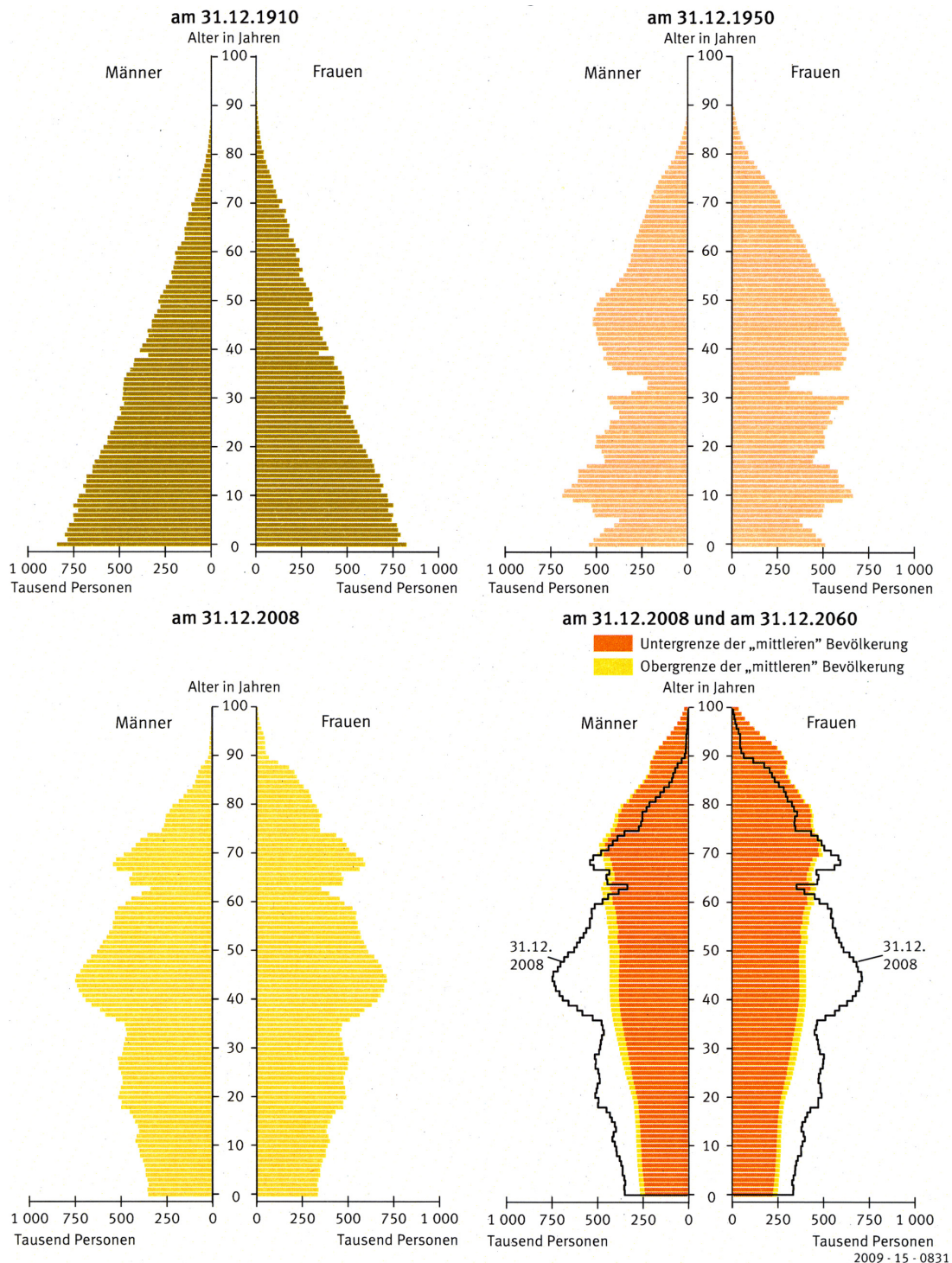
Das Statistische Bundesamt hat Ende 2009 die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung vorgelegt (Statistisches Bundesamt 2009). In ihr werden Prognosen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060 skizziert. Vor allem die Größe und der Aufbau der Bevölkerung stehen im Vordergrund. Wie üblich, werden die Prognosen auf Basis von Annahmen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung sowie zu Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland berechnet. Im Rahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wurden insgesamt 12 Varianten gerechnet. Die nachfolgenden Abschätzungen beziehen sich auf die Variante 1-W1 („Mittlere Bevölkerung“, Untergrenze), die von einer annähernd gleich bleibenden Geburtenziffer, einer Erhöhung der Lebenserwartung um sieben bis acht Jahre und einem positiven Außenwanderungssaldo von 100.000 Personen ab 2014 ausgeht (Statistisches Bundesamt 2009: 11).

Es ist davon auszugehen, dass – trotz gleich bleibender Geburtenziffer – die Zahl der Geburten stetig abnehmen wird, da immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter zur Verfügung stehen werden. Die Zahl der Sterbefälle wird – trotz höherer Lebenserwartung – zunehmen, da stark besetzte Jahrgänge in ein hohes Alter vorrücken werden. Der natürliche Bevölkerungssaldo wird weiterhin negativ sein. Selbst durch jährliche positive Zuwanderungssalden von 100.000 Personen wird die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung nicht länger kompensiert werden können. Die Folge ist ein deutlicher Bevölke-

rungsrückgang. In der Variante 1-W1 wird für das Jahr 2060 eine Bevölkerungszahl von 64.700.000 in Deutschland prognostiziert (Statistisches Bundesamt 2009: 17).

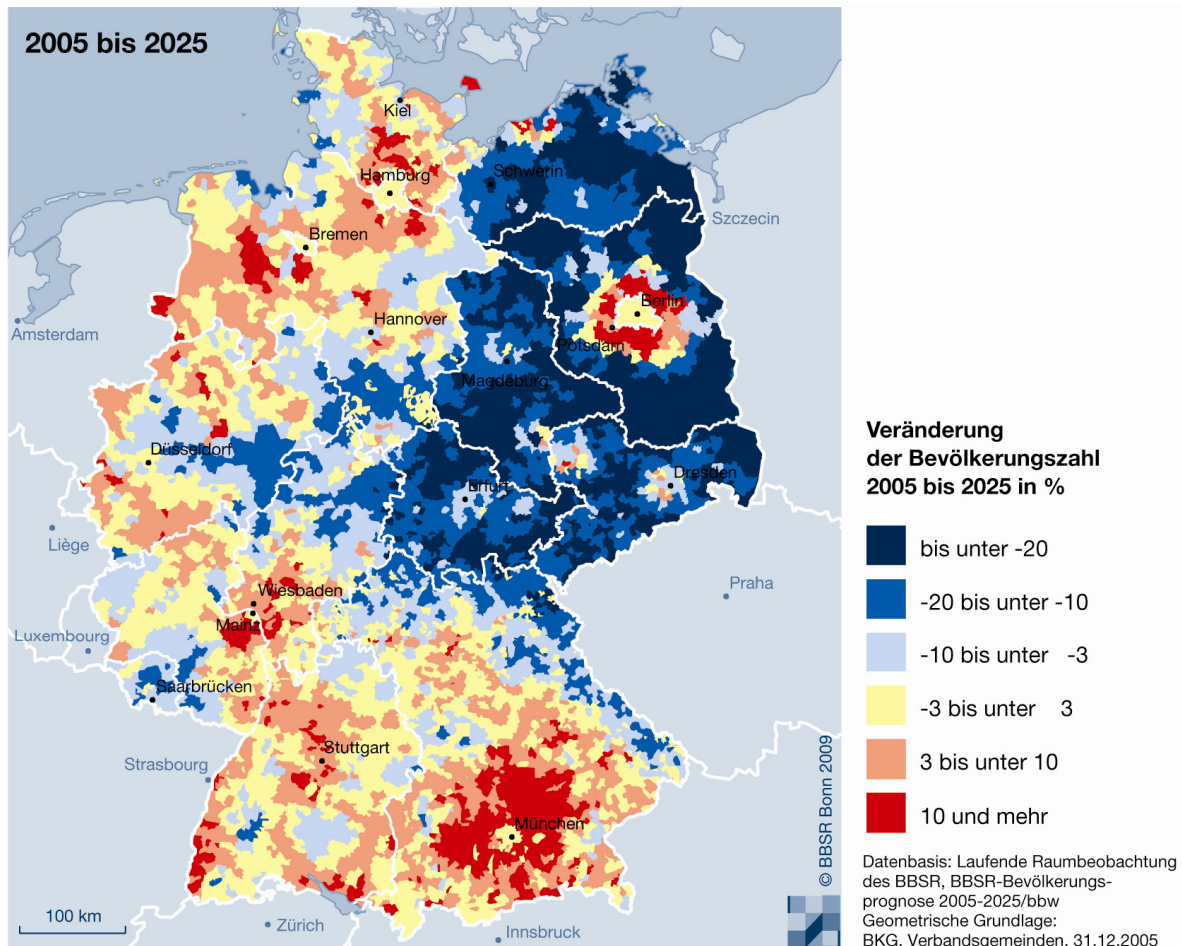
Auch der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich weiter deutlich verändern. Es wird angenommen, dass im Jahr 2060 bereits jeder Dritte (34 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben wird. Es wird doppelt so viele 70-Jährige geben wie Kinder geboren werden (Statistisches Bundesamt 2009: 14). Der Altersaufbau der Bevölkerung, der noch Anfang des 20. Jahrhunderts als „Bevölkerungspyramide“ gekennzeichnet werden konnte, wandelt sich zunehmend zu einem „Bevölkerungsdöner“ (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland



Auch im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) werden regelmäßig Bevölkerungsprognosen als Komponente von Raumordnungsprognosen erstellt. Deren besonderer Wert liegt in einer regionalen Differenzierung der Bevölkerungsvorausberechnungen unter Einbeziehung der Binnenwanderungen. Die künftige regional differenzierte Bevölkerungsdynamik – bezogen auf das Jahr 2025 – geht aus Abbildung 5 hervor.

Abb. 5: Künftige Bevölkerungsdynamik



Quelle: Statistisches Bundesamt (2006: 16)

Das räumliche Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsregionen, das für die vergangenen Jahre bereits charakteristisch war, wird demnach weiter strukturbestimmend sein. Die Kontraste zwischen Wachstum und Schrumpfung werden sogar noch größer. Hinzu kommt, dass auch weite Teile Westdeutschlands von Bevölkerungsstagnation oder -rückgängen betroffen sein werden. Nur noch für wenige Regionen werden Bevölkerungszunahmen angenommen. Diese kann man in zwei Gruppen einteilen. Zum einen wird nach wie vor von Suburbanisierungsprozessen in größeren Stadtregionen ausgegangen. Dies zeigt sich besonders an den Umlandkreisen von Berlin, Hamburg und München. Zum anderen wird deutlich, dass Bevölkerungswachstum auf diejenigen Kreise reduziert bleibt, bei denen weiterhin wirtschaftliches Wachstum angenommen wird. Beispiele hierfür sind große Teile Oberbayerns, prosperierende städtische wie ländliche Regionen in Baden-Württemberg, das Rhein-Main-Gebiet oder das westliche Niedersachsen mit dem Emsland.

Nahezu alle Kreise und Gemeinden in Ostdeutschland – ausgenommen sind lediglich einige Kommunen im Umland großer Städte – werden weiterhin Bevölkerung verlieren. Der noch in den 1990er Jahren deutlich sichtbare Ost-West-Gegensatz wird sich immer mehr auflösen. Der Grund liegt darin, dass immer mehr Kreise in den alten Ländern an wirtschaftlicher und Bevölkerungsdynamik verlieren. Dies betrifft bis 2025 sowohl die altindustrialisierten Gebiete im Saarland und Ruhrgebiet als auch strukturschwache ländliche Kreise bzw. kreisfreie Städte in allen alten Ländern. Besonders auffällig ist dies in der Mitte Deutschlands – Nordhessen, Südniedersachsen, östliche Teile Nordrhein-Westfalens – und im ehemaligen bayerischen Zonenrandgebiet – nahezu durchgängig von der Rhön bis in den Bayerischen Wald.

Für eine Befassung mit den Bestimmungsfaktoren für regional differenzierte Vorausberechnungen, insbesondere für den Einfluss von Zu- und Abwanderungen auf die Veränderung der Bevölkerungszahl in einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten, bleibt an dieser Stelle keine Gelegenheit. Hierzu wird auf die aktuelle Raumordnungsprognose (BBSR 2009) verwiesen. Eines jedoch kann festgehalten werden. Der Blick auf die Bevölkerungsentwicklung der vergangenen und kommenden Jahrzehnte lässt den Schluss zu, dass im Wesentlichen aus ökonomischen Gründen eine Umverteilung der Bevölkerung stattgefunden hat und weiter stattfinden wird (vgl. auch BBR 2005a: 33): von Ost nach West, von ländlich-peripheren in ökonomisch prosperierende Regionen mit einer Vielzahl an Ausbildungsstätten und modernen Dienstleistungsunternehmen. Dies wird auch eine veränderte Siedlungsstruktur nach sich ziehen und Anlass für regional differenzierte Handlungsstrategien sein.

## 5 Zum Begriff des demographischen Wandels

Der demographische Wandel wird – wie oben erwähnt – zurzeit in Wissenschaft, Planungspraxis und in der Tagespresse intensiv diskutiert. Allerdings ist festzustellen, dass der Begriff nach wie vor uneinheitlich verwendet wird. Dies ist im wissenschaftlichen Diskurs ein gängiger Befund. Um diesen Diskurs im Ansatz nachzuzeichnen, wird im Folgenden eine Typologie<sup>3</sup> des Begriffsverständnisses und seiner Verwendung vorgestellt (vgl. auch Siedhoff 2008). Sie schließt mit einem Vorschlag für die weitere Verwendung des Begriffs, insbesondere im Kontext dieses Bandes.

Im Mittelpunkt der Diskussionen um den aktuellen demographischen Wandel stehen die Alterung und der Rückgang der Bevölkerung. Wie oben dargestellt, stellen die steigende Lebenserwartung, der Rückgang der Geburten wie der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und der daraus resultierende Bevölkerungsrückgang die Hauptfaktoren der demographischen Entwicklung dar. Auch in einer räumlich differenzierten Perspektive treten diese Faktoren in mehr oder weniger ausgeprägter Form in allen Regionen in den Vordergrund. Zudem wird der demographische Wandel im Alltagsverständnis zumeist auf die Phänomene der Alterung – oder sprachlich missverständlich „Überalterung“ – und der Schrumpfung im Sinne des Bevölkerungsrückgangs bezogen. Die Fokussierung der Diskussion auf Alterung und Rückgang der Bevölkerung soll mit „Demographischer Wandel im engeren Sinn“ bezeichnet werden.

Die weitaus häufigste Verwendung des Begriffs impliziert ein weiter gefasstes Verständnis der Faktoren und Prozesse. Zum „Demographischen Wandel im weiteren Sinn“ wird neben Rückgang und Alterung der Bevölkerung auch die Heterogenisierung der Bevölkerung, vor allem hinsichtlich der ethnischen Zusammensetzung, gezählt (vgl. z.B. Bucher/Schlömer/Lackmann 2004: 108-109; BBR 2005a: 29; Gans 2005: 44).

---

<sup>3</sup> Diese Typologie verdanke ich Mathias Siedhoff.

Damit wird zusätzlich auf die Zuwanderungen nach Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Bezug genommen, die sich in stets steigenden Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund abbilden. Zuwanderung ist seit den 1960er Jahren virulent. Die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Herausforderungen, vor allem die Integration der Zuwanderer in Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie im Bildungssystem, werden allerdings erst in den letzten zehn Jahren öffentlich wirksam diskutiert. Heute besteht weitgehender Konsens unter Politikern und Planern, sich mit Fragen der Zuwanderung zu befassen. Dies ist dringend geboten, denn in Deutschland leben rund 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, was rund 18,6% der Gesamtbevölkerung entspricht (Korcz/Schlömer 2008: 153). Heterogenisierung wird jedoch nicht nur auf die Folgen der Zuwanderung aus dem Ausland bezogen. Heterogenisierung lässt sich auch im Hinblick auf eine Pluralisierung der Lebensstile und damit im weitesten Sinn auf eine stärker werdende sozio-kulturelle Differenzierung beziehen (vgl. Klee 2001), die ebenfalls eine Herausforderung für Politik und Planung darstellt.

Der Geburtenrückgang und die Pluralisierung der Lebensstile haben ihre Ursache vor allem in einem tief greifenden und vielschichtigen sozialen und Wertewandel (vgl. Klee 2001: 17). Im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel ist dabei vor allem ein Aspekt bedeutsam: der Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen. Werte und Leitideen des bürgerlichen Familienmodells haben seit einigen Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Die „Normalfamilie“ hat ihr zentrales Gewicht als konstitutives Element der Gesellschaftsstruktur eingebüßt. Andere – häufig „alternativ“ genannte – Familienformen und damit einhergehende Haushaltsstrukturen haben sich ausgebreitet und sind heute gesellschaftlich akzeptiert. An manchen Stellen wird daher der soziale Wandel in die Explikation des Begriffs „Demographischer Wandel“ einbezogen (vgl. z.B. Tivig/Hetze 2007: 4; Küpper/Küttner 2008: 1). Hier kann man vom „Demographischen Wandel im weitesten Sinn“ sprechen.

Der Begriff des demographischen Wandels existiert also in verschiedenen Lesarten. Die weiteste Verbreitung und größte wissenschaftliche Akzeptanz hat sicherlich das Verständnis vom „demographischen Wandel im weiteren Sinn“. Diesem Verständnis soll auch hier gefolgt werden, nicht nur, um zur weiteren Etablierung dieses Begriffsverständnisses beizutragen, sondern auch, um die praktische Bedeutsamkeit dieses Ansatzes zu dokumentieren. Rückgang, Alterung und Heterogenisierung im Sinne einer Internationalisierung der Bevölkerung markieren nämlich drei für die räumliche Politik und Planung relevante Handlungsfelder für die kommenden Jahre. Sie sind zwar in regionaler Hinsicht unterschiedlich bedeutsam, lassen sich jedoch folgendermaßen zusammenfassen. Erstens: Wie organisiert man das Zusammenleben der Menschen bei rückläufiger Bevölkerungszahl, vor allem das Aufrechterhalten notwendiger Infrastruktur in vom Bevölkerungsrückgang besonders betroffenen Regionen? Zweitens: Wie lassen sich Siedlungs- und Infrastruktur an die Bedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft anpassen? Drittens: Wie können die zugewanderten Menschen besser in die Gesellschaft integriert werden?

## **6 Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht**

Alterung und Rückgang der Bevölkerung sowie verstärkte Integrationsaufgaben stellen Politiker und Planer vor einige Herausforderungen. Die Herausforderungen zeigen sich von Region zu Region und von Gemeinde zu Gemeinde in unterschiedlicher Intensität. In den prosperierenden Verdichtungsräumen West- und Süddeutschlands steht der Umgang mit den Folgen einer älter und „bunter“ werdenden Gesellschaft im Mittelpunkt. Ländlich-periphere Regionen müssen sich – neben den durch Alterung und Geburtenrückgang hervorgerufenen Problemlagen – zusätzlich mit der Abwanderung zumeist



junger Menschen auseinandersetzen. Unterschiedliche Probleme müssen also wahrgenommen und angegangen werden. Sie sind auch lösbar und stellen sicherlich keine „demographische Katastrophe“ (Schwentker 2006: 35) dar.

An dieser Stelle sollen zwei Zugänge, mit denen Auswirkungen des demographischen Wandels in räumlicher Hinsicht skizziert werden können, vorgestellt werden. Zum einen können aufgrund geänderter Nachfrage und Bedarfe Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt und auf einzelne Infrastrukturen abgeschätzt werden. Zum anderen eignet sich eine räumlich differenzierte Betrachtungsweise, indem für dünn besiedelte Räume, suburbane Gebiete und Großstädte die jeweils spezifischen Problemlagen und Herausforderungen erläutert werden.

Sektorale infrastrukturelle Auswirkungen sollen nur an wenigen Beispielen aufgezeigt werden. Offensichtlich ist, dass künftig der Bedarf an Einrichtungen und Maßnahmen der Altenhilfe stark ansteigen wird, da die Zahl alter und hochbetagter Menschen stark zunehmen wird (vgl. Kapitel 4). Insbesondere bei den Hochbetagten nimmt die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit zu. Aufgrund der Änderungen der Familienstrukturen in Richtung kleinerer Haushalte und Familien und der weniger engen familiären Bindungen ist davon auszugehen, dass sowohl die stationäre als auch die ambulante Altenhilfe ausgebaut werden muss (vgl. Winkel 2006: 177-178). Insbesondere in ländlich-peripheren Regionen sind aufgrund der geringen Bevölkerungs- und Arztdichte besondere Anstrengungen notwendig, um eine medizinische und pflegerische Versorgung sicherstellen zu können (vgl. z.B. Böck-Friese 2003). Demgegenüber wird der Bedarf an Schulplätzen langfristig zurückgehen, allerdings regional differenziert. Die Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen ist gegenwärtig im Vergleich von Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich. Während im Osten ein Überangebot besteht und Kindergärten und Kitas bereits geschlossen oder verkleinert wurden, bietet sich für viele Regionen der alten Bundesrepublik aufgrund des Geburtenrückgangs eine gute Möglichkeit, bestehende Angebotslücken zu verringern. Denn die defizitäre Ausstattung, insbesondere in ländlichen Räumen, wird durch den Nachfragerückgang nach Kinderbetreuungseinrichtungen etwas abgemildert (Winkel 2006: 176).

Auch die technische Infrastruktur wird in Regionen mit starken Bevölkerungsrückgängen vor große Herausforderungen gestellt. Beispielsweise muss die Trinkwasserversorgung an eine verringerte Nachfrage angepasst werden. Hier sind betriebstechnische Maßnahmen, z.B. Rohrnetzspülungen, sowie Investitionen zur Stilllegung und zum Rückbau von Leitungen erforderlich (Tietz 2006: 160). Vergleichbare Investitionen sind auch bei der Abwasserentsorgung erforderlich, um geringere Abwassermengen störungsfrei abtransportieren zu können. Trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen ist also mit höheren Kosten bei den Betreibern der Infrastruktursysteme zu kalkulieren. Viele Unternehmen der Wasserver- und -entsorgung sind seit einigen Jahren nicht mehr im Besitz der öffentlichen Hand. Wie die Privatunternehmen im Spannungsfeld zwischen betriebswirtschaftlicher Rentabilität und flächendeckendem Versorgungsauftrag agieren, kann an einigen Stellen in Ostdeutschland beobachtet werden (vgl. Moss 2009). Ein Ausweg aus dieser Situation dürfte am ehesten über neue dezentrale Wasserver- und -entsorgungssysteme zu erreichen sein (vgl. Tietz 2006: 164).

Über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf weitere Infrastrukturbereiche liegen eine Reihe von Abschätzungen und Befunden vor, auf die an dieser Stelle nur verwiesen werden kann – zu den Auswirkungen auf Wohnungsmärkte vgl. z.B. Iwanow (2003), Spiegel (2004), Kilper/Schleifnecker (2006), Waltersbacher (2006), Schmitz-Veltin (2008), auf Arbeitsmärkte vgl. z.B. Büttner (2006), auf die Verkehrsinfrastruktur vgl. z.B. Liebe/Weiß (2005), Klein-Hitpaß (2008).

Fasst man die Diskussionen um die sektoralen Auswirkungen des demographischen Wandels zusammen, stellt man sehr schnell fest, dass trotz Bevölkerungs- und damit Nachfragerückgängen die Kosten, die zur Aufrechterhaltung vieler Infrastruktursysteme und -leistungen benötigt werden, nicht oder nicht in gleichem Maße zurückgehen. Häufig sind steigende Pro-Kopf-Kosten selbst bei konstantem Ausgabevolumen der Betreiber der Systeme und Leistungen, also zumeist der Städte und Gemeinden, zu verzeichnen (vgl. Mäding 2008: 170). Gleichzeitig gehen die Einnahmen der Kommunen – bedingt durch Rückgang und Alterung der Bevölkerung und damit einhergehender Steuerausfälle – zurück. Kommen dann noch ökonomische Probleme, z. B. bedingt durch eine geringe örtliche Wirtschaftskraft und hohe Arbeitslosigkeit, hinzu, wird die Finanzkraft der betreffenden Städte empfindlich geschwächt (vgl. Albrecht/Gutsche/Pohlan 2008).

Der demographische Wandel ist – insbesondere bei eingeschränkten finanziellen Handlungsspielräumen – von den Kommunen nur sehr eingeschränkt beeinflussbar. Zwar ergeben sich Handlungsoptionen bei der Verbesserung der Lebensqualität, vor allem der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder. So können Städte für Wohnungssuchende attraktiver werden. Dies geht allerdings in vielen Regionen zu Lasten von Nachbarkommunen und kann zu einer „ruinösen Einwohnerkonkurrenz“, zu einem „Bürgermeisterwettbewerb um Einwohner“ (Mönnich 2005) führen.

Ein weiterer Zugang zur Frage der räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels stellt die Betrachtung verschiedener Raumtypen dar. Dabei sind zurzeit drei Typen von besonderer Bedeutung: ländlich-periphere Räume, suburbane Gebiete und Großstädte. In den meisten ländlich-peripheren Regionen in Deutschland kommen zur Alterung und zum Rückgang der Bevölkerung deren Abwanderung in prosperierende Regionen sowie ungünstige wirtschaftliche Potenziale hinzu. Als Beispiele können Vorpommern, Nordhessen, die nördlichen Teile Oberfrankens und die Westpfalz genannt werden (vgl. z. B. Schmidt 2008; Maier 2008). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen in diesen Regionen muss zu Recht die Frage gestellt werden, „ob und inwieweit in den Regionen Deutschlands auch in Zukunft gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen können“ (Schmitz-Veltin 2006: 348). Denn die bestehenden Infrastruktursysteme und -leistungen dürften nicht immer aufrechterhalten werden können. Rückbau von Einrichtungen, Zusammenfassung von Leistungen an Schwerpunktzentren, Änderungen bei den Bedienungsformen werden diskutiert. Im Wesentlichen geht es darum, die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen mit einer zumutbaren Erreichbarkeit für die Bevölkerung in Einklang zu bringen. Eine besondere Betroffenheit weisen dabei ältere und weniger mobile Bevölkerungsgruppen auf, die in vielen Bereichen auf eine wohnortnahe Versorgung oder auf spezifische Mobilitätsangebote angewiesen sind.

Seit wenigen Jahren rücken auch die suburbanen Gebiete in Verdichtungsräumen im Zusammenhang mit den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels in den Vordergrund. Viele Gemeinden in Suburbia sind in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren stark gewachsen. Dort wurden großflächig Einfamilien- und Reihenhausbaugebiete errichtet. Überwiegend junge Familien mit Kindern siedelten sich dort an. Mittlerweile sind zahlreiche dieser Quartiere durch eine rückläufige Bevölkerungsdichte – von der früheren großen Familie leben häufig nur noch eine oder zwei Personen im Haus – und zunehmende Alterung gekennzeichnet (vgl. z. B. Hesse/Scheiner 2007: 44-45). Dies hat zur Folge, dass immer weniger Schul- und Kindergartenplätze, aber mehr Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege benötigt werden. In vielen suburbanen Gemeinden stehen daher Anpassungsmaßnahmen bei den Infrastruktureinrichtungen auf der Tagesordnung.

Auch Großstädte sind vom demographischen Wandel in besonderer Weise betroffen. In den ostdeutschen, zunehmend aber auch in vielen altindustrialisierten Städten in Westdeutschland sind die Folgen des demographischen Wandels, der lang andauernden Abwanderung und der Deindustrialisierung allgegenwärtig. Die Metapher der „schrumpfenden und perforierten Stadt“ hat sich im Bewusstsein der Menschen verankert. Großmaßstäbliche Leerstände prägen das Bild der Städte, zahlreiche Stadtum- und -rückbauprogramme wurden entwickelt, neue Entwicklungsstrategien entworfen (vgl. Häußermann/Läpple/Siebel 2008: 203). Vielen ostdeutschen Städten fehlt zudem das Geld, um eine altengerechte Anpassung von Infrastruktureinrichtungen vornehmen zu können.

Ganz anders zeigt sich die Betroffenheit prosperierender Großstädte in Westdeutschland. Zwar gehen auch hier die Geburtenraten zurück und der Anteil der älteren Menschen steigt. Jedoch wird diese Entwicklung durch Zuwanderungen aus dem In- und Ausland überdeckt. Der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Großstädten, besonders deutlich sichtbar in Frankfurt am Main, Stuttgart oder München, zeigt, dass hier vorrangig auch mit den Folgen der Heterogenisierung und Internationalisierung umgegangen werden muss. Die Städte stehen vor großen Integrationsaufgaben – und dies bei knappem Wohnungsangebot und hohen Miet- wie Immobilienpreisen.

## 7 Ansätze für Handlungsstrategien

Die oben skizzierten bzw. angedeuteten Problemlagen in den Städten, Gemeinden und Regionen stellen das Handeln der politischen und planerischen Akteure vor eine grundsätzliche Herausforderung: Auf welches Ziel soll der Umgang mit den räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels ausgerichtet werden? Anders formuliert: Auf welchem Ansatz fußen die lokalen und regionalen Handlungsstrategien?

Es lassen sich zwei grundlegende Herangehensweisen identifizieren (vgl. Dybe 2007: 104-105; Küpper 2008: 84): Die erste beinhaltet das Ausarbeiten von Anpassungsstrategien an die Konsequenzen des – auf lokaler und regionaler Ebene kaum zu beeinflussenden – demographischen Wandels. Diese Strategien müssen im Detail immer den Besonderheiten vor Ort entsprechen. Inhärent ist ihnen das Ziel, die Raum- und Siedlungsstruktur, Infrastrukturen und Wohnungsmärkte an eine abnehmende und alternde Bevölkerung anzupassen. Dies kann beispielsweise – wie oben kurz erläutert – durch Um- und Rückbaumaßnahmen, durch Flexibilisierungen bei der Leistungserbringung oder durch effizienzsteigernde Maßnahmen erfolgen (vgl. z. B. BBR 2005b). Im wissenschaftlichen Diskurs hat sich dieser Strategieansatz weitgehend etabliert. In der politischen Umsetzung stellt er aber ein Problem dar. Denn Anpassung an abnehmende Einwohnerzahlen hat das Image eines Rückzugs von Wachstum und Erfolg. Anpassungsstrategien werden als defensive Strategien empfunden. Das Schließen von Kindergärten und Schwimmbädern, die Umwandlung von Schulen in Pflegeheime, die Verkleinerung von Kanalnetzen und der Rückbau von Straßen war für viele Generationen undenkbar. Dies nun als zukunftsweisende – im Übrigen auch langfristig kostensenkende – Notwendigkeit zu begreifen, fällt den meisten Politikern noch immer schwer.

Aus diesem Grund findet man noch immer Versuche, den demographischen Wandel vor Ort zu beeinflussen. Diese zweite grundlegende Herangehensweise impliziert eine Strategie des Gegensteuerns, um demographische Trends umzukehren oder zumindest zu verlangsamen und schließlich zu stabilisieren. Lokale und regionale Bemühungen, den Geburtenrückgang aufzuhalten, müssen allerdings als illusorisch bezeichnet werden. Kommunale Einflussmöglichkeiten bestehen allenfalls im Bereich der Wirtschaftspolitik und -förderung, um Arbeitsplätze vor Ort zu halten oder zu schaffen. Dadurch kann die Abwanderung von Erwerbspersonen gestoppt, der Rückgang der Bevölkerung



gebremst oder vermieden werden (vgl. Dybe 2007: 105). Wie schwierig diese Bemühungen von Städten und Gemeinden vor allem in ländlich-peripheren Regionen sind, zeigt sich deutlich in Ostdeutschland. Trotz umfangreicher finanzieller Unterstützung und großzügigen Infrastrukturmaßnahmen können die meisten Regionen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, Arbeitsplätze und damit um Einwohner nicht konkurrieren. Zudem sind Wanderungsgewinne einer Stadt gleichzeitig Wanderungsverluste einer anderen Stadt. Kommunalpolitische Erfolge durch lokale positive Wanderungssalden – beispielsweise hervorgerufen durch das großzügige Ausweisen von Bauland – sind im regionalen Maßstab Verluste der Nachbargemeinden (vgl. auch Mönnich 2005). Damit werden Probleme lediglich verschoben.

## 8 Ausblick

Wie geht es weiter? Der demographische Wandel ist sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch im kommunalpolitischen Bewusstsein angekommen. Die jüngsten Bevölkerungsprognosen, insbesondere diejenigen, die regional differenzierte Vorausberechnungen integrieren, machen deutlich, dass die Betroffenheit von Gemeinden und Regionen zunehmen wird. Sicherlich ist eine regional differenzierte Betrachtungsweise erforderlich. Gleichwohl sind Aussagen, wonach der demographische Wandel zu Orten mit derzeit noch günstiger demographischer Entwicklung nicht vordringen wird, zumeist nicht länger haltbar. Günstige demographische Ausgangsbedingungen haben zurzeit Gemeinden mit positivem Wanderungssaldo. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Umbrüche können eben diese Gemeinden schnell an Zuzugskraft verlieren, so dass auch dort die anderswo bereits deutlich sichtbaren Probleme im Zusammenhang mit der Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung verstärkt auftreten.

Man mag einwenden, dass Prognosen immer nur eine Abschätzung künftiger Entwicklungen darstellen und mit Unsicherheiten und Unschärfen behaftet sind. Das ist zweifellos richtig. Die Güte einer Prognose hängt in erster Linie von den zugrunde liegenden Annahmen ab. Deren Plausibilität sollte daher kontinuierlich überprüft werden, sodass zeitnah neue Prognosen mit geänderten Annahmen erstellt werden können. Diese Unsicherheiten und Unschärfen dürfen jedoch nicht zur Schlussfolgerung verleiten, dass die Prognoseergebnisse „Kaffeersatzlesereien“ darstellen und für die räumliche Planung wie Kommunalpolitik unbrauchbar seien. Denn die wesentlichen Stellgrößen der künftigen demographischen Entwicklung, vor allem der negative natürliche Bevölkerungssaldo, sind heute bekannt und wirken weit in die Zukunft hinein. Die niedrige Geburtenziffer und die geringer werdende Zahl an potenziellen Müttern lassen relativ gesicherte Aussagen über die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu. Die größte Vorhersageunsicherheit, aber auch die größte Gestaltungsmöglichkeit seitens der Politik, liegt bei Ausmaß und Art der Wanderungsbewegungen, vor allem der Zuwanderungen nach Deutschland. Die verantwortlichen Akteure vor Ort müssen sich daher künftig viel intensiver als bisher mit Fragen der Zuwanderung und der räumlichen wie gesellschaftlichen Integration der Zuwanderer befassen.

Für die räumliche Planung und das kommunalpolitische Handeln ist mit Bezug auf den demographischen Wandel sicherlich ein Paradigmenwechsel erforderlich. Zunächst ein „Wechsel des Verständnisses“: Blicke in die Zukunft dürfen nicht länger an bisherigen Wachstumszielen orientiert sein. Der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundenen Konsequenzen für Wohnungsmärkte und Infrastruktur legen nahe, dass Anpassungsstrategien, Umnutzungs- und Rückbaumaßnahmen erforderlich sind. Dies ist für viele Gemeinden ein Novum, konnten doch über Jahrzehnte hinweg Bevölkerungsgewinne verbucht, Baugebiete neu erschlossen, öffentliche Gebäude eingeweiht und Straßen gebaut werden. Ein Umdenken und eine Umorientierung der Verantwortlichen sind

notwendig. Dieser Bewusstseinswandel ist schmerzhaft, aber in der überwiegenden Zahl der Gemeinden unumgänglich. Ein „Wechsel der Planung“ muss damit einhergehen: Raumentwicklung und räumliche Planung müssen unter Schrumpfungsbedingungen vielfach neu justiert werden. Instrumente müssen angepasst, Förderprogramme neu konzipiert werden. Bund und Länder haben mit zahlreichen Modellvorhaben einen Anfang gemacht. Dieser Weg ist konsequent weiter zu entwickeln.

## Literatur

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 108.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1978): Zur Bedeutung rückläufiger Einwohnerzahlen für die Planung. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 122.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1979): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 129.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.) (1981): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 2. Teil: Die Entwicklung der Nahbereiche. Hannover. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 130.
- Albrecht, M.; Gutsche, J.-M.; Pohlen, J. (2008): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf die Einnahmen der Kommunen in Brandenburg. In: Mai, R.; Micheel, F. (Hrsg.): Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen. Berlin, S. 137-164. = Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 38.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2006): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden. Gütersloh.
- Böck-Friese, A. (2003): Zukünftige ambulante medizinische Versorgung in der Region Mecklenburgische Seenplatte. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. 771-778.
- Bucher, H.; Schlömer, C.; Lackmann, G. (2004): Die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2020. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 107-126.
- Büttner, T. (2006): Demographischer Wandel und regionale Arbeitsmärkte. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 56-64. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005a): Raumordnungsbericht 2005. Bonn. = Berichte, Band 21.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2005b): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Bonn. = Werkstatt: Praxis, Heft 38.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2009): Raumordnungsprognose 2025/2050. Bonn. = Berichte, Band 29.
- Dybe, G. (2007): Anpassen oder gegensteuern? Das Wechselverhältnis zwischen Wirtschaftsförderung und demographischer Entwicklung in Nordostdeutschland. In: Kujath, H.J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover, S. 104-113. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 330.
- Gans, P. (2001): Regionale Unterschiede der Geburtenhäufigkeit. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 94-95.
- Gans, P.; Kemper, F.-J. (2001): Bevölkerung in Deutschland – eine Einführung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 12-25.
- Gans, P.; Kistemann, T.; Schweikart, J. (2001): Regionale Unterschiede der Lebenserwartung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 98-99.
- Gans, P. (2005): Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung. In: Strubelt, W.; Zimmermann, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Hannover, S. 42-53. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 225.

- Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (2006): Grundzüge der demographischen Entwicklung in Europa. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 34-54. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Gatzweiler, H.-P.; Strubelt, W. (1988): Demographische Veränderungen und Wandel der Städte. In: Friedrichs, J. (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Opladen, S. 193-222. = Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29.
- Grobecker, C.; Krack-Roberg, E.; Sommer, B. (2009): Bevölkerungsentwicklung 2007. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 55-67.
- Grünheid, E. (2008): Die demographische Lage in Deutschland 2008. Wiesbaden.
- Häußermann, H.; Läßle, D.; Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- von der Heide, H.-J. (1990): Begrüßung und Eröffnung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Regional- und Landesplanung für die 90er Jahre. Hannover, S. 1-3. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 186.
- Hesse, M.; Scheiner, J. (2007): Suburbane Räume – Problemquartiere der Zukunft? In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 2, S. 35-48.
- Institut für Länderkunde (Hrsg.) (2001): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin.
- Iwanow, I. (2003): Szenarien zur Wohnungsnachfrageentwicklung in ostdeutschen Kommunen und Regionen. In: Hutter, G.; Iwanow, I.; Müller, B. (Hrsg.): Demographischer Wandel und Strategien der Bestandsentwicklung in Städten und Regionen. Dresden, S. 69-85. = IÖR-Schriften, Band 41.
- Kilper, H.; Schleifnecker, T. (2006): Folgen des demographischen Wandels in Nordrhein-Westfalen für die Wohnungsmärkte. In: Danielzyk, R.; Kilper, H. (Hrsg.): Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens. Hannover, S. 71-85. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 329.
- Klee, A. (2001): Der Raumbezug von Lebensstilen in der Stadt. Ein Diskurs über eine schwierige Beziehung mit empirischen Befunden aus der Stadt Nürnberg. = Münchner Geographische Hefte, Band 83.
- Klein-Hitpaß, A. (2008): Die Verkehrsnachfrage einer alternden Gesellschaft – sind wir fit für die Zukunft? In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 32-41. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Korcz, R.; Schlömer, C. (2008): Perspektiven internationaler Wanderungen und demographische Heterogenisierung in den Regionen Deutschlands. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 3/4, S. 153-169.
- Kröhnert, S.; Medicus, F.; Klingholz, R. (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München.
- Küpper, P. (2008): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit – Reaktionen der Regionalpolitik auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 83-95. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Küpper, P.; Küttner, L. (2008): Erkennen – Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Einführung. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 1-4. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Liebe, L.; Weiß, U. (2005): Rückläufige Verkehrsmengen?! Welche Konsequenzen zieht die Regionalplanung für ihr funktionales Straßennetz? Das Beispiel Mittelthüringen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, S. 412-422.
- Laux, H.D. (2001): Bevölkerungsentwicklung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 36-39.
- Mäding, H. (2006): Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 338-354. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Mäding, H. (2008): Der demographische Wandel und die Ausgaben der Städte. In: Mai, R.; Micheel, F. (Hrsg.): Der Einfluss des demographischen Wandels auf die föderalen Finanzstrukturen. Berlin, S. 165-175. = Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 38.
- Mai, R. (2006): Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, S. 355-369.
- Maier, J. (2008): Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf wirtschaftliche und soziale Einrichtungen in Oberfranken. In: Maier, J. (Hrsg.): Ziele und Strategien einer aktuellen Politik für periphere ländliche Räume in Bayern. Hannover, S. 42-55. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 343.

- Mönnich, E. (2005): Ruinöse Einwohnerkonkurrenz. Eine Analyse von Suburbanisierungsproblemen am Beispiel der Region Bremen. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 32-46.
- Moss, T. (2009): Zwischen Ökologisierung des Gewässerschutzes und Kommerzialisierung der Wasserwirtschaft: Neue Handlungsanforderungen an Raumplanung und Regionalpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, S. 54-68.
- Prognos-Institut (2004): Prognos-Zukunftsatlas. Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb. Basel.
- Ruppert, K. (1979): Zur jüngeren Bevölkerungsentwicklung in Bayern – eine Einführung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Zum Wandel räumlicher Bevölkerungsstrukturen in Bayern. 1. Teil: Fall-Studien. Hannover, S. 7-17. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 129.
- Schirmacher, F. (2004): Das Methusalem-Komplott. München.
- Schmidt, P.I. (2006): Querschnittsbetrachtung Mecklenburg-Vorpommern als Beispiel für den demographischen Wandel in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 263-278. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Schmidt, P.I. (2008): Erkennen – Steuern – Handeln : Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern – Antworten auf den demographischen Wandel. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 5-13. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Schmitz-Veltin, A. (2006): Lebensbedingungen im demographischen Wandel. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 5, S. 343-354.
- Schmitz-Veltin, A. (2008): Demographischer Wandel und Wohnungsmärkte in wachsenden Regionen – Strategien und Handlungsansätze von Wohnungsunternehmen als Akteuren städtischer Entwicklung. In: Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; Strauß, C. (Hrsg.): Erkennen - Steuern – Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel. Hannover, S. 148-159. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 341.
- Schwarz, K. (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen – Demographische Aspekte. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hrsg.): Planung unter veränderten Verhältnissen. Hannover, S. 1-13. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 108.
- Schwentker, B. (2006): Aussterben abgesagt. In: Die Zeit vom 8. Juni 2006, S. 35-36.
- Schwitzer, K.-P. (2007): Folgen der demographischen Alterung und der Veränderung familialer Lebensformen in (Ost-)Deutschland – Chancen und Handlungsoptionen. In: Kujath, H.J.; Schmidt, S. (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen in Nordostdeutschland. Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsperspektiven. Hannover, S. 29-61. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 330.
- Siedhoff, M. (2008): Demographischer Wandel – zum Begriff und Wesen eines Megatrends. In: Killisch, W.; Siedhoff, M. (Hrsg.): Dresdner Gespräche zum demographischen Wandel. Der demographische Wandel und seine Folgen. Dresden, S. 3-14. = Dresdener Geographische Beiträge, Heft 13.
- Spiegel, E. (2004): Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsmarkt – Zu den Perspektiven der Wohnungsverorgung in Baden-Württemberg. In: Spiegel, E. (Hrsg.): Landesentwicklung bei Bevölkerungsrückgang – Auswirkungen auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Baden-Württemberg. Hannover, S. 36-50. = Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 310.
- Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Swiaczny, F. (2001): Regionale Differenzierung der Außenwanderung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 4, Bevölkerung. Heidelberg, Berlin, S. 130-131.
- Tietz, H.-P. (2006): Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Netzinfrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 154-171. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Tivig, T.; Hetzer, P. (2007): Deutschland im Demografischen Wandel. Ausgabe 2007. Rostock.
- Waltersbacher, M. (2006): Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Wohnungsmarkt. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 112-130. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.
- Winkel, R. (2006): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. In: Gans, P.; Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Hannover, S. 172-191. = Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Band 226.